

Pressemitteilung

17. Juni 2011

Patienten wollen erst ab 19 Euro die Kasse wechseln

Umfrage: Kaum Wettbewerb durch Zusatzbeiträge

Berlin – Zusatzbeiträge haben bisher kaum zu Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen geführt. Nur wenige gesetzlich Versicherte Arbeitnehmer verlassen ihre Kasse, wenn diese Zusatzbeiträge fordert. Das ergibt eine repräsentative Arbeitnehmerbefragung der IW-Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche.

Nur rund jeder siebte gesetzlich versicherte Arbeitnehmer gab in der Umfrage an, bereits einmal die Kasse gewechselt zu haben, um Zusatzbeiträge zu sparen. Seit Einführung des Gesundheitsfonds 2009 dürfen die gesetzlichen Krankenkassen zusätzlich zu den regulären lohnabhängigen Beitragszahlungen auch lohnunabhängige Beiträge erheben, um ihre Ausgaben zu decken. Die Höhe dieses monatlichen Zusatzbeitrags war bis Ende 2010 maximal 1 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens begrenzt; seit Anfang dieses Jahres können die gesetzlichen Krankenkassen diese Zusatzbeiträge frei und ohne Obergrenze festsetzen. Mit den Zusatzbeiträgen war auch die Erwartung verbunden, dass die Versicherten zum jeweils günstigsten Anbieter wechseln und damit der Preis-Leistungs-Wettbewerb zwischen den Kassen steigt.

Aus der Umfrage geht hervor, dass die meisten Versicherten erst ab einem Zusatzbeitrag von durchschnittlich 19 Euro die Kasse wechseln würden. „Die Zusatzbeiträge sind zu gering, um für mehr Wettbewerb zu sorgen. Mit den Überschüssen aus dem Gesundheitsfonds sollten die lohnabhängigen Beiträge so weit wie möglich gesenkt werden. Reichen die Einnahmen in Zukunft nicht aus, muss jede Krankenkasse die Finanzierungslücke durch Zusatzbeiträge selbst schließen. So entsteht Wettbewerb“, kommentiert Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM die Umfrage. Lohnunabhängige Prämien seien gerechter und transparenter. „Wettbewerb verbessert Leistung und Effizienz und senkt die Kosten – das gilt auch für die bürokratielastigen gesetzlichen Krankenkassen“, so Pellengahr.

Auch in Zukunft versprechen Zusatzbeiträge kaum eine Verschärfung des Wettbewerbs. Nur etwa jeder fünfte gesetzlich Versicherte, der schon heute Zusatzbeiträge entrichtet, zieht aktuell einen Kassenwechsel in Erwägung. „Das Gesundheitssystem muss von Grund auf reformiert werden“, fordert Pellengahr. Die steigenden Kosten des medizinischen Fortschritts und der Alterung der Bevölkerung dürften nicht wie bisher auf die Lohnkosten umgelegt werden. „Wenn wir Arbeit verteuern, verlieren wir Jobs. Arbeitsplätze auf die Deutschland nicht verzichten sollte. Es sei denn, man gibt das Vollbeschäftigungsziel auf.“

Im Rahmen des IW-Arbeitnehmersvotums wurden 1.000 Arbeitnehmer zwischen dem 17. und 24. Mai online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland und nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Arbeitnehmer ohne Schulbildung sind nicht berücksichtigt. Die Umfrage ist Teil des Deutschland-Checks, einer Dauerstudie im Auftrag der INSM und der WirtschaftsWoche.

Mehr Informationen im Internet unter www.deutschland-check.de

Rückfragen:

Projektleitung: Marc Feist, Telefon 030 / 27877-175, feist@insm.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Thomas Bauer, Telefon 030 / 27877-174, bauer@insm.de